

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Mehrsprachige Impfinformationen (GRⁱⁿ Derler, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Impfungen sind notwendig, um Menschen vor ansteckenden Krankheiten zu schützen. Krankheiten, die von Mensch zu Mensch übertragen werden, können durch eine hohe Durchimpfungsrate der Bevölkerung sogar ausgerottet werden. Es ist wichtig, mit der Grundimmunisierung bei Säuglingen und Kleinkindern zu beginnen. Erwachsene Personen benötigen Auffrischungsimpfungen, damit der Impfschutz erhalten bleibt, so die Allgemeine Informationen auf der Homepage des Grazer Gesundheitsamt! Leider musste ich feststellen, dass die Homepage des Gesundheitsamtes sehr mangelhaft ist. Spärliche Informationen, keine mehrsprachige Impfinformationen, geschweige denn wichtige und empfohlene Impfungen für schwangere Frauen sind zu finden!

Auf die Wichtigkeit von empfohlenen Impfungen in der Schwangerschaft wird nicht eingegangen!

Einige Statistiken haben ergeben, dass Menschen mit Migrationshintergrund sehr impfbereit sind, aber aufgrund von mangelnder Informationen und Aufklärung und sprachlicher Barriere leider die Quote sehr gering ist!

Ich stelle daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Der zuständige Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer wird aufgefordert, die Website des Gesundheitsamtes dahingehend zu adaptieren, dass Informationen zu Impfungen mehrsprachig angegeben werden, um einen möglichst niederschweligen Zugang für alle Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.

Besonderes Hauptaugenmerk soll dabei auf die notwendigen Impfungen in der Schwangerschaft gelegt werden, um werdende Mütter und deren ungeborene Kinder bestmöglich zu schützen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.2 4. Kassenplatz für Allgemeinmedizin für den Bezirk Puntigam (GR Huber. ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Seit 2018 ist der Bezirk Puntigam bemüht, einen 4. Kassenplatz im Bezirk zu erreichen. Mit 11.000 Einwohnerinnen und Einwohner hat der Bezirk bereits eine Größe erreicht, bei der ein weiterer Kassenplatz durchaus Sinn macht. Aus logistischen Gründen ist die ärztliche Versorgung mit drei Ärzten schwierig, da Wartezeiten von 3 - 4 Stunden keine Seltenheit darstellen und den Patientinnen und Patienten nicht zumutbar sind. Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer wird ersucht, mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu treten bzw. Gespräche über die Möglichkeit der Einrichtung eines 4. Kassenplatzes für Allgemeinmedizin im Bezirk Puntigam zu führen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.3 Lückenschluss Gehsteig Stiftingtalstraße inklusive Errichtung eines Radweges (GR Huber ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern im Bezirk Ries ist für die Bezirksvertretung ein zentrales Anliegen und wird vom Bezirksvorsteher stark forciert. Um eine uneingeschränkte Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer in der Stiftingtalstraße sicherzustellen, stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Bezirksvorsteher des Bezirkes Ries, eine Evaluierung der Gehsteigsituation in der Stiftingtalstraße durchzuführen und die bekannten Lückenschlüsse des Gehsteiges in dieser Straße zu vollziehen.

Weiters wird die zuständige Verkehrsstadträtin aufgefordert, den bei der Zahnklinik endenden und bereits weiter geplanten Fahrradweg in der Stiftingtalstraße endlich umzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.4 Ratenzahlung des geförderten Klimatickets für Grazer Bürger:innen
(GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Herr Stadtrat Eber,

das Klimaticket Steiermark ist ein wichtiger Anreiz für Menschen, den Öffentlichen Verkehr in seiner Bandbreite zu nutzen. Die Förderung für alle Grazer Bürger:innen stellt eine weitere wichtige Maßnahme dar, um einer größeren Zielgruppe das Klimaticket leistbar zu machen.

Leider ist es jedoch nicht möglich, das geförderte Klimaticket Classic, Spezial, Jugend und Senior wie ein reguläres Ticket durch eine Ratenzahlung zu begleichen.

Dies stellt für Personen teilweise eine große Hürde dar, wodurch sie gezwungen sind, das reguläre Klimaticket und nicht das geförderte Ticket zu erwerben, um dieses durch eine Ratenzahlung bezahlen zu können. Eine Einmalzahlung des geförderten Klimatickets ist vor allem des Öfteren für Menschen mit Behinderung nicht möglich. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Der zuständige Stadtrat Manfred Eber möge eine Ratenzahlung auch für die durch die Stadt geförderten Klimatickets Classic, Spezial, Senior und Jugend erwirken.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.5 Sicherheitsmaßnahmen am Rotmoosweg und in umliegenden Straßen (GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Vize-Bürgermeisterin!

Aus der Bevölkerung im Grazer Norden kommt der dringende Wunsch, unverzüglich eine Lösung für die äußerst gefährliche Verkehrssituation insbesondere für Schulkinder, Fußgänger:innen sowie Radfahrer:innen zwischen der Hans-Auer-Gasse und der Kreuzung Radegunder Straße / Rotmoosweg zu finden.

Insbesondere dringend wird es einerseits durch die kurzfristige Absage ihrerseits der am 17.4.2024 geplanten und geforderten Informationsveranstaltung für Bürger:innen von Andritz, um mit Ihnen über die Verkehrssituation sprechen zu können, sowie andererseits durch die geplanten Sanierung der Brücke über den Schöcklbach am Rotmoosweg.

Obwohl die Radegunder Straße eine Landesstraße ist und daher nicht in die Zuständigkeit der Stadt fällt, verbindet diese durch ihren Verlauf und die teilweise auftretenden Engstellen die oben erwähnten Gefahrenpunkte und ist somit entscheidend für die dort lebende Grazer Bevölkerung.

Während der Umsetzung der geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen führt die Sanierung der Brücke am Rotmoosweg ohne Ersatzquerung über den Schöcklbach zusätzlich dazu, dass Schulkinder einen beinahe unzumutbaren Umweg in Kauf nehmen müssen, der sie im oben angeführten Abschnitt entlang der Radegunder Straße und damit entlang einer Hauptstraße führt. Begleitmaßnahmen im Sinne der Verkehrssicherheit wurden bisher nicht umgesetzt oder kommuniziert, obwohl es hier um die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer geht.

Zusätzlich stellen diese genannten Verkehrsgefahrenpunkte durch den Zuzug zahlreicher Jungfamilien auch für Radfahrer:innen, insbesondere mit Kindern eine fast unzumutbare Situation dar.

Durch die teilweise unübersichtlichen Einmündungen der Querstraßen und der engen Kurvenführung der Radegunder Straße, so vor allem im Bereich Prochaskagasse bis

Pfanghofweg.

Auch für zukünftige Projekte, die ein sicheres und vielfach als Schulweg genutztes Straßenstück betreffen, wären entsprechende Maßnahmen dringend notwendig.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei Folgenden

Antrag:

Vizebürgermeisterin Judith Schwentner möge darlegen, in welcher Form und bis wann die Andritzer Schulkinder mit der Umsetzung adäquater, begleitender Sicherheitsmaßnahmen rechnen können, die auf Grund der Sanierung der Brücke über den Schöckelbach am Rotmoosweg erforderlich sind?

Vizebürgermeisterin Judith Schwentner wird aufgefordert, zeitnah eine Versammlung für die Andritzer Bevölkerung anzusetzen, damit Verkehrsthemen diskutiert und vorgebracht werden können.

Vizebürgermeisterin Judith Schwentner möge Konzepte für die Verkehrssicherheit, im Besonderen der Fußgänger:innen und Radfahrer:innen, darlegen, die in den Bereichen Prochaskagasse und Pfanghofweg leben und von den gefährlichen Einmündungen in die Radegunder Straße betroffen sind.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Vorlage des „KAT“-Strategiepapiers Masterplan Elektromobilität 2030
(GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

bereits mehrmals habe ich in dieser Gemeinderatsperiode Auskunft zur Verkehrsplanung zum Thema „Elektromobilität“ erbeten bzw. eine vorausschauende Planung zum Thema alternative Antriebssysteme gefordert.

In der Antwort vom 2.1.2024, GZ: A 10/8 – 115880/2023/0002, zu meinem umfassenden Antrag vom 15.12.2022 (GR-Antrag 337/2023) wurde ein Strategiepapier der „KAT“-Arbeitsgruppe erwähnt, welches allerdings noch nicht dem Gemeinderat vorgelegt wurde.

Aufgrund der Ablehnung meines Dringlichen Antrages zur Prüfung von Lademöglichkeiten von E-Taxis sowie die Ergänzung von Lehrverrohrungen bei geeigneten Ladepunkten ist für mich nicht erkennbar, inwiefern die Infrastruktur für Elektromobilität

auch im Sinne des Nationalen Energie- und Klimaplanes in den aktuellen Verkehrsplänen der Stadt und bei Baustellen berücksichtigt wird.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Maga. Judith Schwentner möge das „KAT“-Strategiepapier dem Verkehrsausschuss bzw. den Gemeinderatsclubs zur Verfügung stellen sowie die im Sinne der Elektromobilität in den aktuellen Verkehrsprojekten beim Individualverkehr, Öffentlichen Verkehr und für den Betrieb von E-Taxis berücksichtigten Maßnahmen darlegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.7 Bewusstseinsbildung zur FußgängerInnensicherheit auf Gehwegen (GRⁱⁿ Unger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Mittlerweile vergeht kein Tag mehr ohne Beschwerden von FußgängerInnen über gefährliche Situationen auf Gehwegen und in Fußgängerzonen, die mit immer größerer Selbstverständlichkeit von RadfahrerInnen benutzt werden. Gerade in der wärmeren Jahreszeit erhöht sich das Mobilitätsaufkommen bzgl. Radverkehr und FußgängerInnen, weshalb eine rasche Bearbeitung dieser Problematik dringend angezeigt ist. Die Zunahme von RadfahrerInnen gegenüber dem motorisierten Individualverkehr ist grundsätzlich zu begrüßen, mit ihr wächst aber auch die Verantwortung der Stadt, die den Umstieg ja forciert, für ein reibungslos funktionierendes Verkehrsaufkommen zu sorgen. Allerdings sind gerade FußgängerInnen, die angeblich in den Mobilitätsagenten eine besonders wichtige Rolle spielen, von massiven Verschlechterungen betroffen. Oft sind dies ältere, bewegungseingeschränkte Personen, die zu Fuß, mit Rollator oder Rollstuhl unterwegs sind, oder Personen mit Kindern und Kinderwagen. Die Problemfelder wurden in Fragen und Anträgen unsererseits bereits mehrmals benannt:

- 1. Die vorschriftswidrige Befahrung von Fußgängerzonen außerhalb der Zeiten, in denen dies gestattet ist. Besonders problematisch ist dies beispielsweise in der Sporgasse und der Herrengasse.*
- 2. Überhöhtes Tempo von RadfahrerInnen auf Wegen und in Zonen, die gemeinsam mit FußgängerInnen benützt werden dürfen.*
- 3. vorschriftswidrige Nutzung von Gehsteigen durch RadfahrerInnen und Gefährdung von FußgängerInnen.*
- 4. Abstellen von Lastenrädern auf Gehsteigen und damit Behinderung von PassantInnen.*

Mehrmals wurde die zuständige Stadtsenatsreferentin bereits aufgefordert, sich dieses wachsenden Problems lösungsorientiert anzunehmen, auch die FußgängerInnen-

beauftragte wurde ersucht, konkrete Schritte vorzulegen, um dieses Problem zu lösen. Bis dato gibt es für FußgängerInnen in Bezug auf die genannten Probleme allerdings keine spürbaren Verbesserungen.

Stets wird dann auf die Exekutive verwiesen, aber die Stadt muss hier in Verantwortung für die BürgerInnen selbst aktiv werden und Schritte bezüglich Bewusstseinsbildung und Selbstverantwortung setzen. Die Kooperation mit Radlobbys und VertreterInnen von Unternehmen, die das Rad als Transportmittel nutzen und eine große Zahl von Personen damit ausstatten wie beispielsweise Lieferdienste, wäre eine sinnvolle Überlegung.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Vizebürgermeisterin Maga. Judith Schwentner möge zeitnah eine Bewusstseinskampagne aufsetzen, die die korrekte Nutzung von Gehwegen und Fußgängerzonen fokussiert und zur schnellen Verbesserung für FußgängerInnen führt.

Für diese Kampagne sollen sowohl die FußgängerInnenbeauftragte als auch VertreterInnen von Radlobbys und den im Motiventext beschriebenen Unternehmen als PartnerInnen gewonnen werden. Ein Bericht ist dem Gemeinderat im Juni vorzulegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.8 Einführung von Smartbänken mit Solarenergie in Graz (GR Gjergji, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Besonderes Anliegen muss immer sein, die Lebensqualität der Grazer:innen zu erhalten und zu verbessern. Nicht zuletzt auch angesichts der zunehmenden Verknappung von Wohnraum und der Tatsache, dass viele Menschen in unserer Stadt nicht einmal über einen Balkon verfügen, gewinnt der öffentliche Raum als Erlebensraum immer mehr an Bedeutung – was natürlich auch dazu führt, dass die vorhandene Infrastruktur entsprechend anzupassen ist.

Dazu zählen auch Smartbänke, wie sie in vielen Städten bereits üblich sind: Solche, selbstverständlich mit Solarenergie betriebene Smartbänke verfügen über integrierte Ladestationen für Handys, Laptops und andere Geräte und sind üblicherweise auch wlan-Hotspots. Graz verfügt über zahlreiche sonnige Plätze, die sich ideal für die Verwendung von Solartechnologie eignen und somit eine nachhaltige und umweltfreundliche Energieversorgung der Smartbänke ermöglichen. Und erfolgreiche Beispiele aus anderen Städten wie Wien, Stuttgart oder Aachen zeigen, dass solche Smartbänke von Bewohner:innen wie auch Besucher:innen überaus gerne genutzt werden, dass sie Wohnumfeld- und Lebensqualität ebenso verbessern wie sie das städtische Umfeld attraktiveren und somit eine sinnvolle Investition darstellen. Zudem ist es auch ein wichtiger Beitrag zur Förderung von Nachhaltigkeit, des Umweltbewusstseins und innovativer Technologien. In dem Sinne wäre es wünschenswert, wenn die Stadt Graz in Zusammenarbeit mit der Energie Graz die erforderlichen Rahmenbedingungen schafft und die Einführung und das Aufstellen von Smartbänken mit Solarenergie in Graz vorantreibt. Namens des SPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden beauftragt, gemeinsam mit der Energie Graz alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um gemäß Motivenbericht die Einführung von Smartbänken mit Solarenergie in Graz umzusetzen, um so Graz noch zukunftsorientierter und lebenswerter für Bewohner:innen wie auch Besucher:innen zu machen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.9 Mehr Hundekot-Sackerlspender und Abfallbehälter
(GR Lenartitsch, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Ein Ärgernis, auf das vor allem Bewohner:innen in den Außenbezirken und da speziell im Umfeld von Spazierwegen aufmerksam machen: Hundekot vor Hauseinfahrten, auf den Grünstreifen am Straßenrand und auf dem Bankett, aber auch achtlos weggeworfene Gackerlsackerl - wie dies etwa ganz konkret im großen Bereich Mälzerweg/Ruthardweg/Kaiserwiesenweg, einem sehr beliebten und auch von Hundehalter:innen für Spaziergänge gerne genutzten Bereich von Bewohner:innen beklagt wird. Dass sich die Bewohner:innen besagten Viertels deshalb Hundekotsackerl-Spender und Abfallbehälter wünschen, ist nur verständlich. Im Übrigen sollte das grundsätzlich in jenen Gegenden forciert werden, in denen Hundehalter:innen häufig und gerne mit ihren vierbeinigen Lieblingen unterwegs sind. Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht

a) den Bereich Mälzerweg/Ruthartdweg/Kaiserwiesenweg mit Hundekot-Sackerlspendern und Abfallbehältern auszustatten sowie

b) darauf zu achten, dass grundsätzlich im Umfeld von Spazierwegen, die gerne von Hundehalter:innen genutzt werden, ausreichend Hundekot-Sackerlspender ebenso wie Abfallbehälter zur Verfügung stehen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Öko-Toilette für den Spielplatz Am Rehgrund
(GR Lenartitsch, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die meisten Eltern kennen das, sind in der Hinsicht „leidgeprüft“: Am Spielplatz halten Kinder meist die kleine wie auch die große Not so lange wie möglich zurück, um nur ja keine Minute des Spielens missen zu müssen – umso „dringlicher“ wird es aber, wenn mit Zurückhalten nichts mehr geht: Dann ist der Weg nach Hause, selbst wenn das „rettende“ Örtchen fußläufig erreichbar wäre, meist zu weit. Und sich seitwärts „in die Büsche zu schlagen“, behagt vielen Kindern nicht – und das zum Glück nicht zuletzt aus Gründen der Hygiene.

Viele Spielplätze sind deshalb mittlerweile mit Toilettenanlagen ausgestattet, manche Spielplätze liegen wie derum unmittelbar in der Nähe von netten Wirt:innen oder

Cafetiers. Beides trifft aber für den Spielplatz Am Rehgrund in Mariatrost nicht zu: Hier ist weder eine Toilette vorhanden, noch gibt es in unmittelbarer Nähe Gastronomiebetriebe. Weswegen Eltern sich verständlicherweise dringend das Aufstellen eines Öko-Klos wünschen, um für die Kinder ungetrübten Spielgenuss sicherzustellen. Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, den Spielplatz Am Rehgrund in Mariatrost ehebaldigst mit einer Öko-Toilette auszustatten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.11 Wartehäuschen an der Öffi-Haltestelle Klusemannstraße in der Grottenhofstraße/stadtauswärts (GR Lenartitsch, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Buchstäblich im Regen stehengelassen fühlen sich jene vielen Menschen, die an der Haltestelle Klusemannstraße auf einen stadtauswärts fahrenden Bus der Graz Linien warten. Im Gegensatz zur gegenüberliegenden Haltestelle fehlt es nämlich hier am überdachten Wartebereich, sprich an einem Wartehäuschen. Was in mehrfacher Hinsicht bedauerlich ist. Nicht zuletzt aufgrund der Nähe zur Schule und weil inmitten eines dichtbesiedelten Siedlungsgebietes, ist das eine vielfrequentierte Haltestelle und selbstverständlich hängen Akzeptanz und Attraktivität des öffentlichen Verkehrs auch vom Komfort für die Fahrgäste ab. Aber wer im Regen stehen muss, wird es sich

vielleicht in der Zukunft zweimal überlegen, ob statt des Einsteigens in den ÖV der Umstieg auf den motorisierten Individualverkehr nicht doch attraktiver wäre. Soll heißen: Wo immer es möglich und machbar ist, sollte daher ein wettergeschützter Wartebereich, ein Wartehäuschen Standard sein. Auch dort, wo dafür zu wenig oder kein öffentlicher Grund vorhanden ist, sollte zumindest versucht werden, eine entsprechende Lösung zu finden. Wo ein Wille, findet sich zwar nicht immer, aber oft auch der passende Weg.

In diesem Sinne stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht alle erdenklichen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit an der ÖV-Haltestelle Klusemannstraße (stadtauswärts) in der Grottenhofstraße ein überdachtes Wartehäuschen errichtet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Piktogramme bei Grazer Bädern
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Unlängst wurde wieder einmal fehlende Integration vor allem bei Jugendlichen als Ursache für Probleme in Grazer Bädern genannt und in diesem Zusammenhang ein Sicherheitspaket gefordert. Bei genauerer Betrachtung ist es jedoch eine alt bekannte Frage des respektvollen Zusammenlebens und der Konfliktlösung für alle Menschen in Graz, auch in den Grazer Bädern. Alle müssen sich an bestehende Regeln halten, das

steht völlig außer Frage. Dafür müssen die Regeln aber auch ausreichend und verständlich kommuniziert werden. Anstatt auf Securities zu setzen, sollte man daher zunächst die Handlungsmöglichkeiten im eigenen Wirkungsbereich ausschöpfen. Dort, wo Probleme bestehen, müssen diese ernst genommen werden. Verantwortungsvolle Politik sucht jedoch nach Lösungen, statt nach Schuldigen. So gibt es in manchen Grazer Bädern beispielsweise keine Piktogramme oder mehrsprachige Informationen zu den Bade- und Verhaltensregeln. Es wäre Aufgabe der Stadt Graz und der Holding, diese Informationen bereitzustellen. Nicht nur für unsere mehrsprachigen Mitbürger:innen, sondern etwa auch für Tourist:innen. Sowohl die Stadt Graz, als auch die Holding verfügen über ausreichend Personalressourcen im Kommunikationsbereich, um hier für eine bessere Information der Badegäste zu sorgen.

Ich stelle daher im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadtregierung und Holding Graz sollen für ausreichend mehrsprachige Informationstafeln in Text- und Bildform zu den Bade- und Verhaltensregeln in den Grazer Bädern sorgen.*
- *Die zuständigen Stellen der Stadtregierung sollen prüfen, wie das Bewusstsein für einen solidarischen Umgang in den Grazer Bädern durch eine Informationskampagne gestärkt werden kann.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 Barrierefreie Müllsammelstelle Muchargasse
(GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Erst vor kurzem wurde die Müllsammelstelle in der Muchargasse neugestaltet.

Bedauerlicherweise wurde bei dem Umbau nicht daran gedacht, die Gehsteigkante abzuflachen und somit einen barrierefreien Zugang zu schaffen. Besonders für ältere und beeinträchtigte Personen ist es schwer, die Müllsammelstelle straßenseitig zu erreichen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein barrierefreier Zugang zur Müllsammelstation umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.14 Fahrradständer Liebiggasse
(GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Vor allem in den warmen Jahreszeiten nimmt die Anzahl an Fahrradfahrern zu. Besonders vor dem Studentenwohnheim in der Liebiggasse wird sichtbar, dass die notwendigen Fahrradabstellplätze oftmals fehlen.



Um den Studierenden zu ermöglichen ihre Räder diebstahlsicher zu befestigen, ist es dringen notwendig dort genügend Fahrradabstellplätze zu errichten.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann im obengenannten Bereich Fahrradabstellplätze errichtet werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 Intervall für öffentliche Mistkübel
(GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Im Zuge unserer Müllsammelaktion konnten wir feststellen, dass besonders in öffentlichen Parkanlagen und deren Umgebung die dort vorhandenen Müllkübel sehr oft überfüllt und die umliegenden Flächen dadurch stark vermüllt sind.

Auf Grund der Art des Mülls (Plastikverpackungen, Papier bis hin zu Dosen und Flaschen), wurde in mehreren Bürgergesprächen an uns der Wunsch herangetragen, dass die Entleerung der öffentlich aufgestellten Müllkübel, besonders in den Sommermonaten, an den betreffenden Stellen erhöht wird. Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine höhere Frequenz bei der Entleerung öffentlich aufgestellter Müllbehälter möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.16 Öffentliche Mistkübel Endstation Mariatrost
(GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Gerade in diesem Teil von Mariatrost sind aufgrund des Spiel- und Sportplatzes aber auch der Basilika regelmäßig sehr viele Besucher unterwegs. Rund um die Endstation befinden sich lediglich zwei öffentliche Mistkübel und gerade in den Sommermonaten sind diese oftmals überfüllt.

Um eine saubere Umgebung zu gewährleisten ist es notwendig, weitere Mistkübel rund um die Endstation Mariatrost zu platzieren.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann zusätzliche Mistkübel rund um die Endstation Mariatrost aufgestellt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.17 Öffentliche Toiletten Endstation Mariatrost
(GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Nicht nur die Mariatroster, sondern Natur- und Sportbegeisterte aus ganz Graz zieht es nach Mariatrost. Direkt bei der Endstation Mariatrost gibt es einen großen Spielplatz sowie einen Bezirkssportplatz, auch findet hier einmal wöchentlich ein Bauernmarkt statt. Nicht zu vergessen die Basilika, die eine Vielzahl an Besuchern anlockt.

Die aufgestellten Plastikklos sind auf Grund der Anzahl an Personen und der Bedeutung der Endstation als oftmals erster Eindruck von Mariatrost bei vorgenannten „Sehenswürdigkeiten“ und Freizeitmöglichkeiten unzureichend und nicht angemessen.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann vernünftige öffentlichen Toiletten errichtet werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.18 Schrittgeschwindigkeit in Fußgängerzonen (GR Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Stadt Graz erlaubt in ausgewiesenen Fußgängerzonen nach §76a der Straßenverkehrsordnung das Befahren mit Fahrrädern in Schrittgeschwindigkeit und einen der Verkehrssicherheit entsprechendem seitlichen Abstand. Dabei beschränkt sich die Schrittgeschwindigkeit nach einschlägiger Judikatur auf ca. 5 km/h. Zum Leidwesen der Fußgänger zählen zur Kategorie der Fahrräder auch „Fahrzeuge“ wie elektrisch unterstützte und auch rein elektrisch angetriebene E-Scooter und E-Bikes, sowie und auch (mehrspurige) Lastenfahrräder. Auf Grund der Beschaffenheit der Fußgängerzonen in der Grazer Innenstadt (meist wenig Platz), ergibt sich dadurch eine erhöhtes Gefahrenpotential. Um auf die Geschwindigkeitsbegrenzung hinzuweisen, sollen an den Einfahrten zu Fußgängerzonen mit erlaubten Radverkehr zusätzlichen Hinweistafeln angebracht werden und mit einer Kampagne der Fußgängerbeauftragten unterstützt werden.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag;

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann zusätzliche Hinweistafeln zur gesetzliche maximal erlaubten Schrittgeschwindigkeit mit km/h Angaben angebracht werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.19 Überdachung Bushaltestelle Shopping Nord
(GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Das Shopping Nord ist für viele Grazer, aber auch Besucher von außerhalb, ein beliebtes

Einkaufszentrum, ist es doch einer der Nahversorger im Grazer Norden. Besonders bei schlechtem Wetter zieht es die Bevölkerung oftmals in Einkaufszentren. Umso wichtiger ist es, die Bushaltestellen zu überdachen.

Bei der Bushaltestelle Shopping Nord in Richtung Andritz ist dies leider nicht der Fall und eine Überdachung dringend notwendig. Um auf das Budget der Stadt Graz zu achten, bietet es sich an, die Bushaltestelle auf die bereits vorhandene überdachte Bushaltestelle weiter südlich zu verlegen.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Überdachung oder Verlegung der Bushaltestelle umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.20 Verbesserung Beleuchtung Muchargasse
(GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Innerhalb des Grazer Stadtgebietes gibt es nach wie vor Ortsteile, deren Beleuchtung nur unzureichend in der Stadtplanung berücksichtigt worden sind. Diese an vielen Stellen mangelhafte Beleuchtung des öffentlichen Raumes eröffnet im Hinblick auf die Verkehrssicherheit sowie im Hinblick auf die Kriminalitätsprävention etliche Risiken. In mehreren Bürgergesprächen wurde an uns der Wunsch herangetragen, dass die Beleuchtung im Bereich des kleinen Parks, auf Höhe der Muchargasse 5, verbessert werden soll. Durch die dort wachsenden Bäume wird die Lichtzufuhr der dort vorhandenen Straßenlaterne massiv gestört und ist eine gesonderte Beleuchtung der „dunklen Flecken“ notwendig.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine bessere Beleuchtung im Bereich des Parks errichtet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.21 Verbesserung Haltestelle Steyrergasse
(GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Täglich benutzen tausende Grazer die öffentlichen Verkehrsmittel. Die

Straßenbahnhaltestelle „Steyrergasse“ ist bei Regen oftmals überschwemmt.

Um den Fahrgästen das Warten bei Regen angenehmer zu gestalten und auch das

Fahren mit den Öffis bei Schlechtwetter attraktiver zu machen, ist es notwendig

diesem Problem entgegenzuwirken.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Verbesserung umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.22 Aufwertung Hundewiese Dechant-Binder-Anlage
(GRⁱⁿ Schleicher, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Hundewiese in der Dechant-Binder-Anlage ist stets gut besucht, was daran liegt, dass sie die einzige Hundewiese im Bezirk Gösting ist. Abgesehen von der Größe der Hundewiese, wurden uns im Rahmen mehrerer Besuche vor Ort zwei Anliegen mitgeteilt. Viele Hunde bellen auf Grund der Fahrzeuge bzw. Fußgänger die straßenseitig an der Hundewiese vorbei gehen. Auf der Seite des Spielplatzes sorgen die Kinder oft für unruhige Hunde. Daher soll nach Möglichkeit rundumlaufend ein Sichtschutz angebracht werden. Das zweite Anliegen betrifft die zwei vorhandenen Bänke, die nicht beschattet sind. Besonders im Sommer ist es kaum möglich dort in der prallen Sonne zu verweilen. Die gepflanzten Bäume werden noch einige Jahre an Wachstum benötigen, bis sie eine wirkliche Alternative zu einer Pergola oder auch einer Überdachung mit dichter Eindeckung sein kann.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Aufwertung der Hundewiese laut Motivenbericht möglich ist umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.23 Deutschkurse für Kindergartenpersonal in Graz (GR Pointner, NEOS)

Originaltext des Antrages:

Bildungsexpert:innen betonen immer wieder, wie wichtig Kindergärten für die Integration von Kindern sind. Als erste formale Bildungseinrichtung bieten Kindergärten eine entscheidende Plattform für die Vermittlung von Werten und den Erwerb grundlegender sozialer und kommunikativer Kompetenzen. In diesem Bildungsprozess spielt das Kindergartenpersonal eine zentrale Rolle, besonders im Bereich der Sprachförderung, die sowohl für die Kinder als auch für die Pädagog:innen von großer Bedeutung ist. Familienministerin Raab hob im neuesten Monitoring-Bericht zur Kinderbetreuung ebenfalls die Notwendigkeit optimaler Arbeitsbedingungen und die gezielte Unterstützung des Personals hervor, um die Qualität der frühkindlichen Bildung weiter zu steigern (vgl. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2024/04/familienministerin-raab-und-statistik-austria-praesentierten-ersten-monitoring-bericht-zur-kinderbetreuung.html>).

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) hat zusammen mit den Wiener Kinderfreunden und Kinder in Wien (KIWI) ein Programm entworfen, das

berufsbegleitende Deutschkurse für Kindergartenassistent:innen sowie angehende Elementarpädagog:innen mit Deutschförderbedarf anbietet, um das erforderliche Sprachniveau C1 zu erreichen. Diese Initiative ist Teil einer breiteren Strategie des ÖIF, die auch die direkte Förderung von Deutschkursen in Unternehmen umfasst, insbesondere in Branchen mit akutem Fachkräftemangel. Das Angebot beinhaltet zudem finanzielle Unterstützung für die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und umfassende Integrationsberatung, um Fachkräften die Eingliederung in den österreichischen Arbeitsmarkt zu erleichtern
(vgl. <https://www.integrationsfonds.at/newsbeitrag/oeif-integrationservice-fuer-fachkraefte-startet-berufsbegleitende-deutschkurse-fuer-kindergartenkraefte-aus-dem-ausland-1-20150/>).

Diese Initiativen verdeutlichen, wie wichtig die Sprachkompetenz in der frühkindlichen Bildung ist, nicht nur für die Integration der Kinder, sondern auch für die berufliche Entwicklung und Qualifizierung des Kindergartenpersonals. Durch die gezielten Maßnahmen in der Sprachförderung wird eine Basis für erfolgreiche pädagogische Arbeit geschaffen, die die Kinder und das Personal unterstützt, ihr volles Potenzial zu entfalten.

Deshalb bringe ich Namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie ein Deutschförderkurs für das Kindergartenpersonal in Graz umgesetzt werden kann und welche budgetären Mittel dafür notwendig wären.*

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.24 49-Euro-Ticket für die Grazer Freibäder
(GR Wagner, FPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Bereits im vergangenen Jahr wurden vonseiten der Holding Graz die Eintrittspreise für die Schwimmbäder stark erhöht. Eine solche Erhöhung ist auch in diesem Jahr nicht auszuschließen und würde viele Grazer neben der aktuell ohnehin schon bestehenden Teuerungssituation vor eine weitere Herausforderung stellen.

Vor allem die Schwimmbäder werden während der Sommerferien gerne von Jugendlichen genutzt. Sei es um soziale Kontakte zu pflegen, oder einfach nur zum Entspannen. Nebenbei haben regelmäßige Besuche in den Freibädern auch den positiven Effekt, dass durch das regelmäßige Üben die Schwimmkenntnisse verbessert werden, was ein Sicherheitsplus bedeutet.

Es kann nicht im Sinne der Grazer Stadtregierung sein, dass aufgrund von hohen Eintrittspreisen ein Freibadbesuch für manche Kinder und Jugendliche unmöglich ist. Dies ist nicht akzeptabel und es benötigt umgehend ein günstiges Ticket. Deshalb fordern wir die Einführung eines 49-Euro-Tickets während der Sommerferien. Gültigkeit sollte ein solches für alle unter 18-Jährigen in allen Grazer Freibädern haben. Mit einem solchen Ticket können nicht nur viele Eltern finanziell entlastet werden, sondern auch den Jugendlichen tolle Sommerferien mit ihren Freunden im Freibad ermöglicht werden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Antrag:

*gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:*

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Möglichkeit einer Einführung eines 49-Euro-Tickets für alle unter 18-Jährigen mit Gültigkeit während der Sommerferien in allen Grazer Freibädern prüfen und ein solches Ticket gegebenenfalls einführen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.25 Erweiterung des Hundestadtplans der Stadt Graz (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Immer wieder kommt es in Graz zu Vergiftungen und Verletzungen von Haustieren, die auf aufgenommene Giftköder bzw. auf mit scharfen oder spitzen Gegenständen präparierte Köder zurückzuführen sind. Betroffene Tiere leiden oft stundenlang unter Schmerzen, nicht immer überleben sie eine derartige Vergiftung bzw. Verletzung. Die Behandlungskosten, die ein Halter für die tierärztliche Versorgung zahlen muss, sind horrend.

Um Tierhaltern die Möglichkeit zu geben, bei einem Giftköderfund die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen (zum Beispiel erhöhte Aufmerksamkeit oder die Meidung gewisser Risikogebiete) müssen diese zeitnah über solche informiert werden. Da Postwurfsendungen in den betroffenen Gebieten mit erheblichen Kosten verbunden sind, bietet sich die Eintragung von Giftköderfunden im Hundestadtplan als Alternative an. Damit könnten sich Hundebesitzer schnell und unkompliziert ein Bild über aktuelle Vorkommnisse machen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Antrag:

*gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:*

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob die Erweiterung des „Hundestadtplans“ auf der Website der Stadt Graz um bestätigte Fundorte von Ködern aller Art möglich ist und dies gegebenenfalls umzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.26 Linie 62 - Änderung der Fahrstrecke
(GR Wagner, FPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Die aktuelle Situation im Zusammenhang mit der Linie 62 sorgt bei vielen Grazer Bürgern für Unmut, da aufgrund der geänderten Linienführung nunmehr zahlreiche Haltestellen nicht mehr angefahren werden. Besonders wegen der zahlreichen Beschwerden bedarf dies einer dringenden Änderung. Eine solche lässt sich leicht umsetzen, indem die Route statt über die Georgigasse, über die Wagner-Biro-Straße geführt wird und von dort weg die ursprüngliche Route befahren wird. Diese führt genau dazu, dass ab der Peter-Tunner-Gasse alle ursprünglichen Haltestellen der Linie 62 wieder angefahren werden.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag:

*gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:*

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen eine Änderung der Fahrstrecke der Linie 62 insofern prüfen, dass diese zukünftig über die Wagner-Biro-Straße geführt wird und somit ab der Peter-Tunner-Gasse auf der ursprünglichen Route die ehemaligen

Haltestellen dieser Linie wieder angefahren werden. Gegebenenfalls mögen die zuständigen Stellen diese Änderung umsetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.27 Schaffung eines „Hauses der Reparatur“ für die Landeshauptstadt (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran und mit ihr der Anteil an elektronischen Alltagsbegleitern. Gleichzeitig steigt der pro Kopf produzierte Elektroschrott in lichte Höhen, wie Statistiken aus ganz Europa belegen. Österreich nimmt hierbei eine unrühmliche Spitzenrolle ein. Einem Bericht des Statistischen Bundesamtes Deutschlands vom 18. April 2023 zufolge, führt die Alpenrepublik die Liste der Elektroschrott-Produzenten in der Union an. Konkret heißt es darin: „Pro Kopf verursachte jede/r EU-Bürger/-in im Jahr 2020 durchschnittlich rund 10,5 Kilogramm Elektroschrott. Deutschland lag mit 12,5 Kilogramm noch über dem EU-Durchschnitt. Die EU-weit höchsten Abfallmengen pro Kopf verzeichneten Österreich und Finnland (je 15,7 Kilogramm) und Schweden (14,4 Kilogramm).“

(Quelle:[https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Umwelt-Energie/Elektroschrott.html#:~:text=Die%20EU%2Dweit%20h%C3%B6chsten%20Abfallmengen,%22Recht%20auf%20Reparatur%22%20angenommen.\)](https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Umwelt-Energie/Elektroschrott.html#:~:text=Die%20EU%2Dweit%20h%C3%B6chsten%20Abfallmengen,%22Recht%20auf%20Reparatur%22%20angenommen.)))

Studien belegen, dass trotz immer besserer Entwicklungen am Technologiesektor die durchschnittliche Lebenserwartung neuer elektronischer Geräte sinkt. Oftmals sind es auch schlichte wirtschaftliche Überlegungen von Unternehmen, die für eine verkürzte Lebensdauer von Elektroartikeln sorgen – man spricht dabei gemeinhin von der

„geplanten Obsoleszenz“, einer Art der Bauteilentwicklung, welche eine schnellere Neuanschaffung durch die Konsumenten erzielen soll. Erste Bemühungen, diesen Spitzenplatz der Vergangenheit angehören zu lassen, sind jedoch bereits erkennbar. Der Reparaturbonus der Bundesregierung sollte der Flut an Elektroschrott Einhalt gebieten und rückte die Wiederinstandsetzung von Elektroartikeln in den Fokus. Auch die Kommunen haben die Dringlichkeit des Problems erkannt und setzen erste eigene Initiativen. So sind in zahlreichen Gemeinden und Städten der Grünen Mark sogenannte „Repair Cafés“ auf dem Vormarsch und erfreuen sich größter Beliebtheit. Auch in der Landeshauptstadt finden in unregelmäßigen Abständen derartige Cafés statt, eine permanente Anlaufstelle für kaputte Gerätschaften vermisst man jedoch schmerzlich.

Diesem Umstand muss im Sinne der Nachhaltigkeit begegnet werden. Die Landeshauptstadt braucht ein „Haus der Reparatur“ als dauerhafte Instanz, um die Flut des Elektromülls effektiv zu bekämpfen. Gleichzeitig kann eine solche Initiative auch wichtige Impulse auf dem Arbeitsmarkt setzen und beispielsweise Langzeitarbeitslosen oder schwer vermittelbaren Arbeitnehmern berufliche Perspektiven bieten. Einen Abriss der möglichen Leistungen eines solchen Hauses gibt FA-Kammerrat Harald Korschelt in einem Bericht der „Woche Graz“ vom 25. Februar 2024: „[...] ,Es würde Sinn machen, ein so genanntes ‚Repair House‘ für Graz zu installieren‘, bringt Korschelt seine Idee auf den Punkt. Schwerpunktmäßig sollen dort defekte Elektrogeräte aller Art, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Handys, Laptops, Drucker, Kinderspielzeug, Kinderfortbewegungsmittel, Fahrräder und vieles mehr zu günstigen Preisen repariert werden. Für die Preisgestaltung sollte man, so die Blauen, eine soziale Staffelung andenken. Gemäß der Idee sollen sich dort Handwerker verschiedener Branchen unter einem Dach einfinden, naturgemäß wäre dies auch eine Jobchance für Menschen, die am ersten Arbeitsmarkt schwer vermittelbar sind. ‚Dabei sollte die Zusammenarbeit mit dem AMS auf jeden Fall gesucht werden‘, so Korschelt. Stadt Graz und Land Steiermark würden aus seiner Sicht die Miet- und die Betriebskosten für das „Haus der Reparatur übernehmen. [...]“

(Quelle:https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/fpoe-fordert-ein-haus-der-reparatur-fuer-graz_a6533745)

Das seitens der Stadt Graz durchaus Interesse an der gegenständlichen Problematik gegeben ist, zeigen die bisher gesetzten Initiativen im Bereich der Müllvermeidung. Exemplarisch sei hier die Schaffung der Webseite „Graz repariert“ ins Feld geführt, bei welcher sich interessierte Bürger über Reparaturbetriebe in der Landeshauptstadt informieren können. Nichtsdestotrotz braucht es ein eigenes „Haus der Reparatur“ in Graz in welchem auch auf die sozialen Unterschiede der Klienten durch effiziente Preisgestaltung eingegangen werden kann und mit welchem Impulse am Arbeitsmarkt gesetzt werden können.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen für die Schaffung eines „Hauses der Reparatur“ (Repair House) in die Wege zu leiten, um dem Leitsatz „Reparieren statt Wegwerfen“ weiter Vorschub zu leisten und dem Gemeinderat über die gesetzten Schritte Bericht zu erstatten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.